

Stellungnahme der ProDG-Fraktion/Petra Schmitz
Plenarsitzung vom 22.10.2012

Es gilt das gesprochene Wort

Jugendstrategieplan 2013 – 2015

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament,

- Verstaatlichung der Jugendarbeit
- gravierender Einschnitt in die Eigenständigkeit der organisierten Zivilgesellschaft
- die Jugend wird zu einem reinen ausführenden Organ der Politik degradiert

Können Sie sich noch an diese und ähnliche plakative Vorwürfe erinnern, die Sie, werte Kollegen von CSP und Vivant, an diesem Rednerpult bei der Aussprache über das Jugenddekret zum Besten gegeben haben?

Damals wie heute bin ich der Meinung, dass Sie diese Behauptungen aus rein opportunistischen Gründen aufgestellt haben.

In den neun Monaten seit Inkrafttreten des damals so angefeindeten Dekrets zur Förderung der Jugendarbeit hat sich, zumindest nach unserer Einschätzung, keine dieser Befürchtungen bewahrheitet.

Doch wenden wir uns der Zukunft und damit der Genehmigung des DG-Strategieplans Jugend für 2013 bis 2015 zu.

Bereits der Titel „Zukunft für alle jungen Menschen – Benachteiligte junge Menschen in den Fokus“ macht unmissverständlich klar, was nach Vorstellung der Regierung angestrebt wird.

Es geht nicht darum, den Ehrenamtlichen in der KLJ oder bei den Pfadfindern im Detail vorzuschreiben, wie sie ihre Gruppenstunde zu gestalten haben.

Es geht auch nicht darum, festzulegen, an welchen Abenden ein Jugendtreff wie lange geöffnet werden muss.

Vielmehr steht die Verbesserung der Lebenssituation aller Jugendlichen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Vordergrund.

Der Strategieplan 2013-2015 umfasst sieben konkrete Aktionen:

Weiterbildungsmodule zu Gewaltprävention,
zu aufsuchender Jugendarbeit,
zu Umgang mit Ängsten und Zukunftsplanung

Sensibilisierungskampagnen zu Häuslicher Gewalt sowie
zu Gewalt in den Medien und
kritischer Umgang mit Medien

Angebote für Erlebnispädagogik und schließlich

eine Präventionsaktion zu den Themen Cybermobbing und Mobbing.

Ein vorläufiges Timing – auf die drei Jahren verteilt – wurde festgelegt.

Wir sind überzeugt, dass die Planung sehr praxisbezogen ist und dass dieser Aktionsplan – trotz verkürzter Laufzeit – effizient umgesetzt werden kann.

Diese Aktionen verdeutlichen, dass die Umsetzung des Jugendstrategieplans sich keineswegs auf den Jugendsektor oder den Organisationsbereich 40 beschränkt.

Vielmehr handelt es um eine echte Querschnittsaufgabe, bei denen beispielsweise auch die Politikbereiche Bildung oder Jugendhilfe erheblich mit einbezogen werden.

Dabei hat dieser erste Jugendstrategieplan die Besonderheit, noch nicht auf Sozialraumanalysen beruhen zu können, da diese Expertisen bekanntlich erst ab 2014 erstellt werden. Daher basiert der Plan im Wesentlichen auf dem Regionalen Entwicklungskonzept und dem laufenden Arbeitsprogramm der Regierung. Eingeflossen sind aber auch der Streetwork-Bericht, die Empfehlungen der Jugendhilfekonferenz, die demoskopische Befragung 2011 sowie die KFN-Studie „Gewalterfahrungen und Medienkonsum bei Jugendlichen in der DG“.

Dass Partizipation und Querschnittsaufgabe in Zusammenhang mit dem Strategieplan keineswegs inhaltsleere Worthülsen sind, vermag man der Erstellungsgeschichte des heute zu Genehmigung vorliegenden Dokuments entnehmen. Federführend bei seiner Formulierung war eine sogenannte Steuergruppe, der neben Vertretern der vier Gemeinschaftsminister und zwei des Fachbereichs Jugend im Ministerium insgesamt fünf Vertreter von Jugendinformationszentren, Jugendbüro, Jugendorganisationen und Jugendzentren angehören. Zwei Studientage und neun Impulsreferate der unterschiedlichsten Akteure, wie etwa Autonome Hochschule, ÖSHZ, Medienzentrum, Teilzeitunterricht oder PMS-Zentrum, liegen der Arbeit zugrunde.

Dekretkonform gab der Rat der deutschsprachigen Jugend zum Strategieplan seine Stellungnahme mit diversen Lösungsansätzen und Änderungsvorschlägen ab. Ganz im Sinne eines strukturierten Dialogs führte dies zu Änderungen beziehungsweise der Einarbeitung von Umsetzungshinweisen im Ursprungsdokument.

In den Augen der ProDG-Fraktion gibt es nicht den geringsten Grund, dem Strategieplan „Zukunft für alle jungen Menschen – Benachteiligte junge Menschen in den Fokus“ die Genehmigung zu verwehren. Umso mehr haben wir mit großer Zufriedenheit feststellen dürfen, dass die Vorlage im zuständigen Ausschuss einstimmig angenommen worden ist.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Petra Schmitz
ProDG-Fraktion